



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 10. September 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-22-0050

Bettelbanden

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Organisierte Bettelbanden sind in Wiesbaden, wie in anderen Städten auch, seit Jahren ein Problem. Die Stadt- und Landespolizei ist beim vergangenen Sternschnuppenmarkt großflächig gegen Bettelbanden vorgegangen - mit Erfolg, ein Rückgang der Bettelbanden konnte verzeichnet werden. Im Mai 2024 hat die Stadt- und Landespolizei daraufhin angekündigt, in diesem Sommer erneut gezielt gegen Bettelbanden vorzugehen.

Nicht nur in der Wiesbadener Fußgängerzone fühlen sich die Besucherinnen und Besucher durch vermüllte Einkaufswagen, urinierte Ecken, gezielte Ansprache mit handschriftlich geschriebenen Zetteln und teilweise auch sehr aufdringlichem Verhalten belästigt und manchmal sogar bedrängt. Auch am Hauptbahnhof in Wiesbaden werden seit einigen Monaten organisierte Bettelbanden wahrgenommen. Sie sammeln Wertgegenstände und andere Dinge bis hin zu 8 Einkaufswagen um die Bahnhofstreppe der Unterführung, die direkt zum Hauptbahnhof führt. Sie kommen mehrmals am Tag auf dem Bahnhofplatz zusammen, sprechen sich ab und schwärmen wieder in unterschiedliche Richtungen aus. Teilweise sitzen sie an den Zugängen zum Hauptbahnhof, teilweise an den Treppen und Bushaltestellen. Auch wenn im Hauptbahnhof grundsätzlich die Bundespolizei für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, ist der Wiesbadener Hauptbahnhof ein hochfrequenterer Pendlerknotenpunkt, der ebenso von den Landes- und Kommunalen Polizei und Ordnungsbehörden beachtet wird. Dabei handelt es sich laut dem Jahresbericht der Stadtpolizei maßgeblich um Personen, die nicht in Wiesbaden leben, sondern zum Betteln nach Wiesbaden gebracht werden.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Behörde für welchen Teil des Gebiets um den Wiesbadener Hauptbahnhof zuständig ist.
2. mit welchen Maßnahmen sichergestellt wird, dass hilfsbedürftige Einzelpersonen nicht kriminalisiert werden, während gleichzeitig gegen organisierte Bettelei vorgegangen wird.
3. ob die von Stadt- und Landespolizei großflächig angekündigten Kontrollen gegen Bettelbanden in diesem Sommer durchgeführt wurden.
 - a. Falls ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Gibt es eine Kooperation/Zusammenarbeit der Stadt- und Landespolizei mit der Bundespolizei, um gegen organisierte Bettelbanden gezielt im Bereich des Hauptbahnhofes vorzugehen? Wie werden Streetworker in diesen Prozess eingebunden?
4. wie die Stadt- und Landespolizei die Bundespolizei im Hauptbahnhof, bei der Bekämpfung von Bettelbanden unterstützen könnte.
5. wieso mehrmals täglich Kräfte der Ordnungs- und Landespolizei an dem Bereich vorbeifahren, ohne tätig zu werden.
6. wann die Umsetzung eines Inkassovollmachtsystems für die Stadtpolizei abgeschlossen ist, sodass sie in diesen Fällen auch Barleistungen entgegennehmen kann.

Beschluss Nr. 0053

Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 26.09.2024

Mechthilde Coigné
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2024

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister